

# Ziolko neuer Chef im Tierpark-Förderverein

Thomas Ziolko ist neuer Vorsitzender des Fördervereins des Berliner Tierparks. Der 31jährige, zugleich CDU-Fraktionsvorsitzen-

Der Verein, der seit 1956 besteht, zählt über 600 Mitglieder (Jahresbeitrag mind. 30 Euro). 2005 begeht der Tierpark, ein Jahr später der Förderverein, sein 50. Jubiläum. Thomas Ziolko hebt hervor, dass „der Tierpark vor 50 Jahren durch viele Tausende Berliner in damaligen so genannten Aufbaustunden entstand. Genau dieses Solidaritätsgefühl, dieses Gemeinschaftsgefühl, gilt es wieder zu erwecken, an diese Identifikation werden wir anknüpfen.“



Der neu gewählte Vorsitzende Thomas Ziolko mit den neugeborenen Zwergziegen-Zwillingen

der in Lichtenberg, will gerade jetzt in Zeiten leerer Staatskassen stärker als bisher Sponsoren und Spender für die fast 10.000 Tiere finden.

**(Kontakt: Gemeinschaft der Förderer des Tierparks Berlin-Friedrichsfelde e.V., Tel.: 030/51 53 14 07, www.Tierpark-Berlin.de; e-mail: tierpark.berlin@t-online.de)**

# „Ob Dach oder obdachlos - entscheidet über Schicksale“

## Bürgerhilfe e.V. gründet Stiftung für Obdachlose

Der seit 15 Jahren in der Sozialarbeit und Wohnungslöshilfe engagierte Verein Bürgerhilfe e.V. hat eine Initiative zur Gründung einer Stiftung für Obdachlose gestartet.

Bis zum 30.4.2004 soll das Stiftungskapital von rund 70.000.- Euro durch Spenden gesammelt werden. Die Stiftung, deren Vorsitz die ehemalige Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin, Frau Christa Maria Blankenburg, übernimmt, will in Ergänzung zu den staatlichen Hilfsangeboten und der Arbeit in den vom Verein betriebenen Hilfseinrichtungen, insbesondere durch gezielte Einzelfallhilfen von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen helfen. Gedacht ist hier u.a. an die Finanzierung von Mietkautionen oder von Bewerbungen. Der Vorsitzende des Vereins, Horst Gedack, ruft alle Berlinerinnen und Berliner zur Unterstützung

dieses Vorhabens auf. Durch viele Einzelspenden sollen die Bürger dieser Stadt damit selbst zu Stiftern werden, die soziales und nachbarschaftliches Engagement zeigen. Mit dieser neuen „kultur-des-helfens“ will Bürgerhilfe e.V. das bürgerschaftliche Engagement in Berlin mit zusätzlichem Inhalt füllen, denn bisher gibt es in Berlin nur eine Stiftung, die Obdachlosen hilft. Mit 200 Plakaten

Projekt geworben. Die Berliner können entweder bei einer Straßensammlung am 26./27.03.2004 am Kranzler Eck am Kurfürstendamm



in den U-Bahnlinien 1 und 2 sowie 70.000 Zeitungen, die in Berliner Haushalte verteilt werden, wird für das

für die Stiftung spenden, das Spendentelefon 0900 3375 55 (2.-€/Minute) wählen oder per Banküberweisung helfen: [www.kultur-des-helfens.de](http://www.kultur-des-helfens.de)

### BUCHVORSTELLUNG

## „Ein neuer Weltkrieg?“

Was muss noch geschehen, damit die deutsche Öffentlichkeit endlich versteht, dass sie sich in der aktuellen weltpolitischen Lage alles andere als in Sicherheit und Geborgenheit wöhnen darf? Einer, der sich um die Zukunft des Westens sorgt, ist der CDU-Politiker Friedbert Pflüger. In seinem neuen Buch „Ein neuer Weltkrieg? Die islamistische Herausforderung des Westens“ schreibt Pflüger, „es ist gerechtfertigt, angesichts der neuen Qualität des Terrorismus und seiner globalen Wirkungsweise von der Gefahr eines neuen Weltkriegs zu sprechen“. Der Bundestagsabgeordnete Pflüger ist penibel darauf bedacht, nicht den Eindruck eines Kulturkampfes zwischen Christentum und Islam entstehen zu lassen. Viele Seiten lang schaut er auf zur großen Religion des Islam und zieht eine klare Trennlinie zum

„totalitären und militanten Islamismus“, der den Westen attackiere. Zweifellos seien die USA und Israel die Hauptfeinde islamistischer Terroristen. Aber, so Pflüger, „es wäre ein fatales Fehlurteil, würden wir Europäer uns sicher fühlen oder gar glauben, wir könnten uns durch Distanzierung von Amerika oder Israel wegducken“. Islamisten, zumal die um Osama bin Laden, hätten im Grunde genommen ein gemeinsames Ziel. Die in ihren Augen alternde und schwache westliche Konsumgesellschaft unterwerfen, die Ungläubigen zu Tributpflichtigen machen oder vernichten, den ‚Welt-Zionismus‘ radikal bekämpfen, den Staat Israel zerstören und die USA letztlich vernichten. Pflüger spannt seinen Bogen weit – vom Irakkrieg zu EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, gegen die er sich vorerst ausspricht, von der

Kopftuchdebatte zu den weltweiten Krisenherden, von der Dekadenz des Westens zur Bevölkerungsexplosion vor



allem im arabischen Raum. Pazifismus sei keine Lösung. Appeasement, betont Pflüger, vermindert eine Bedrohung nicht. Im besten Fall bringt die Beschwichtigung eines Aggressors einen Zeitgewinn mit sich und „am Ende verliert man umso sicherer“. *Kristin Vorphal*

### EDELTRAUT TÖPFER:

## Frauen droht Altersarmut!

„Frauen sind die Verliererinnen der Rentenreform“, auf diesen Missstand weist die Landesvorsitzende der Frauen-Union Berlin und Bundestagsabgeordnete, Edeltraut Töpfer, hin. Frauen erhielten, im Schnitt rund 500 Euro weniger Rente als Männer. Die Bundesregierung habe jedoch die Lebenswirklichkeit von Frauen ignoriert und bewusst nicht bei der Rente berücksichtigt. Dabei unterschieden sich weibliche Rentenbiografien stark von den männlichen wegen der Auszeiten für die Kindererziehung und deutlich geringerer Durchschnittslöhne. Trotzdem werde bei den Berechnungen zur Rente ein „männlicher Eckrentner“ als Standard zugrunde gelegt, der 45 Jahre lang durchgehend gearbeitet habe. „So

kommt es, dass viele Frauen im Alter vor den Türen der Sozialämter stehen müssen“, betont die CDU-Politikerin. Die staatlich geförderte Riester-Rente taue dabei nicht für eine ausreichende Vorsorge. Es fehlten geschlechtsneutrale Tarife. Frauen zahlten in dem durch den Staat geförderten System deutlich mehr Beiträge als Männer. Edeltraut Töpfer fordert daher die Einführung gleicher Prämien. Auch die EU-Kommission fordert die Bundesregierung durch eine neue Richtlinie auf, den Missstand bei der Riester-Rente zu korrigieren. Um das Risiko der Altersarmut von Müttern zu mindern, soll sich nach dem Willen der CDU außerdem die Anrechnung von Kindererziehungszeiten erhöht werden.